

# Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofs für das Geschäftsjahr 1970

## A. Sachliche Zuständigkeit der Senate

### I. Senat

1. Körperschaftsteuer,
2. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben M—Z,
3. Einkommensteuer (einschließlich Steuerabzug vom Kapitalertrag und Lohnsteuer) von natürlichen Personen und einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich um Fälle der beschränkten Steuerpflicht und um Fragen der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen handelt und wenn die sich daraus ergebenden Fragen allein oder überwiegend zu beurteilen sind. Stehen andere Rechtsfragen von allgemeiner Bedeutung im Vordergrund, so ist der sonst nach dem Geschäftsverteilungsplan zuständige Senat zuständig.
4. Gewerbesteuer, Kirchensteuer, Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer i. d. F. vom 2. November 1961, BStBl I 1961, 707), Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen in den Fällen der Ziff. 1,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 2 und 3,
6. Notopfer Berlin, Währungsnotopfer West-Berlin (Gesetz vom 21. Juli 1949 — Verordnungsblatt für Groß-Berlin S. 217) in den Fällen zu Ziff. 1,
7. Zerlegung der Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz vom 29. März 1952).

### II. Senat

1. Erbschaft- und Schenkungsteuer,
2. Grunderwerbsteuer,
3. Kapitalverkehrssteuern,
  - a) Gesellschaftsteuer,
  - b) Wertpapiersteuer,
  - c) Börsenumsatzsteuer,
4. a) Beförderungsteuer,  
b) Gesetz zur Besteuerung des Straßengüterverkehrs,
5. Kraftfahrzeugsteuer,
6. Rennwett- und Lotteriesteuer,
7. Versicherungssteuer,
8. Feuerschutzsteuer,
9. Wechselsteuer,
10. Rentenbankgrundschuldensachen,
11. Ostmarkumtauschabgabe (Berlin),
12. Umstellung und Erstattung von Reichssteuern aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 (Berlin),
13. Spielbankabgabe,
14. Urkundensteuer des Saarlandes,
15. Vergnügungssteuer,
16. Hundesteuer.

### III. Senat

1. Einheitsbewertung und Bodenschätzung,
2. Vermögensteuer,
3. Grundsteuer, einschließlich Baulandsteuer (Grundsteuer C),
4. Baunotabgabe,
5. Soforthilfeabgabe und Soforthilfe-Sonderabgabe,
6. Hypothekensicherungsgesetz (Umstellungsgrundschuldleistungen),
7. Lastenausgleichsabgaben:
  - a) Vermögensabgabe,
  - b) Hypothekengewinnabgabe,
  - c) Kreditgewinnabgabe,
  - d) Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegsschäden,

8. Landwirtschaftskammerbeiträge, Landwirtschaftskammerumlagen, Landwirtschaftskammerabgaben nach landesgesetzlichen Vorschriften.

### IV. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
  - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
  - b) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für natürliche Personen mit den Anfangsbuchstaben A—L,
  - c) Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
2. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte
  - aus Land- und Forstwirtschaft und aus selbständiger Arbeit für alle Personengesellschaften,
  - aus Gewerbebetrieb nur für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A—M,
3. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 1 und 2,
4. Zerlegung der Einkommensteuer (Zerlegungsgesetz vom 29. März 1952),
5. Gesonderte Gewinnfeststellung für gewerbliche Betriebe.

### V. Senat

1. Umsatzsteuer ausschließlich der Umsatzausgleichsteuer,
2. Sonderumsatzsteuer nach dem Absicherungsgesetz,
3. Getränkesteuer.

### VI. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
  - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
  - b) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
  - c) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
  - d) Sonstige Einkünfte,
  - e) Sonderausgaben,
  - f) Zusammenveranlagung mit Kindern (§ 27 EStG 1963 und vorher),
  - g) Tarifvorschriften des § 32 EStG und der §§ 32 a — 32 c EStG 1955 ff., auch soweit die Zusammenveranlagung von Eheleuten (§§ 26, 26 b EStG) wegen der Anwendung des Splittingtarifs streitig ist,
  - h) Außergewöhnliche Belastung (§§ 33 und 33 a EStG),
2. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb von Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben N—Z,
3. Einheitliche Feststellung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
4. Lohnsteuer,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 2,
6. Steuerabzug vom Kapitalertrag, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
7. Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
8. Kirchensteuer, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
9. Wohnungsbau-Prämien,
10. Zerlegung der Lohnsteuer,
11. Bergmannsprämien,
12. Spar-Prämien,
13. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer,
14. Beiträge nach dem Bremischen Gesetz über die Arbeitnehmerkammern im Lande Bremen,
15. Investitionszulage nach dem Berlinhilfegesetz,
16. Vergünstigung für Arbeitnehmer in Berlin (West) nach dem Gesetz über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West) und nach dem Berlinhilfegesetz.

soweit nur diese  
Fragen streitig  
sind,

## VII. Senat

1. Zollrecht,
2. Zolllarif,
3. Abschöpfungen bei der Einfuhr,
4. Erstattungen bei der Ausfuhr,
5. a) Umsatzausgleichsteuer,  
b) Einfuhrumsatzsteuer und Vergütungen nach dem Absicherungsgesetz,
6. Biersteuer,
7. Branntweinsteuer,
8. Essigsäuresteuer,
9. Gemeindeeinfuhrsteuer auf der Insel Helgoland,
10. Kaffeesteuer,
11. Leuchtmittelsteuer,
12. Mineralölsteuer,
13. Salzsteuer,
14. Schaumweinsteuer,
15. Spielkartensteuer,
16. Tabaksteuer,
17. Teesteuer,
18. Zuckersteuer,
19. Zündwarensteuer,
20. Branntweinmonopol,
21. Zündwarenmonopol,
22. Kohlenabgabe zur Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaus im Kohlenbergbau,
23. Berliner Ausgleichsabgabe,
24. Schankerlaubnissteuer,
25. Reichsabgaben- und Finanzgerichtsordnung sowie Steuerberatungsgesetz bei Streitigkeiten wegen
  - a) geschäftsmäßiger Hilfeleistung in Steuersachen,
  - b) Aufrechnung, wenn der Rechtsstreit ausschließlich die Aufrechnung betrifft (§ 124 AO),
  - c) Abrechnungsbescheide (§ 125 AO), wenn die Steuerfestsetzungen nicht bestritten sind,
  - d) Verfügungen (§ 91 AO), die nach § 202 AO erzwingbar sind, und die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 202 AO),
  - e) Beitreibungsfragen (Rechtmäßigkeit von Pfändungen, Unpfändbarkeit von Gegenständen usw.), ausgenommen Arrestanordnung und Arrestvollzug,
  - f) Steuergeheimnis, wenn nur Fragen des Steuergeheimnisses umstritten sind,
  - g) Kosten, mit Ausnahme von Streitigkeiten allein über den Streitwert im Rahmen von Kostenfestsetzungsverfahren,
    - aa) auf Grund von Kostenfestsetzungen durch die Finanzbehörden,
    - bb) auf Grund von Kostenfestsetzungen durch die Kosten- bzw. Urkundsbeamten bei den Finanzgerichten,
    - cc) die landesrechtlich geregelt sind, soweit der Finanzrechtsweg für die Hauptsache eröffnet ist,
  - h) einstweiliger Anordnung, wenn kein Zusammenhang mit einer Steuer oder einem steuerrechtlichen Feststellungsverfahren besteht,
  - i) Entbindung vom Amt als ehrenamtlicher Finanzrichter.

## Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 3 und 4 in Verbindung mit § 184 Abs. 2 Nr. 5 FGO.

## Anmerkungen

### I. Ausnahmeregelungen

1. Abweichend von der vorstehenden Geschäftsverteilung hat ein Senat auch über eine ihm nicht zugewiesene Steuerart zu entscheiden, und zwar
  - a) in den Fällen, in denen die Vorinstanz verschiedene Steuerarten in einer Entscheidung zusammengefaßt hat und keine materiell verschiedenen Rechtsfragen streitig sind,
  - b) in den Fällen, in denen die Vorinstanz nach Steuerarten getrennte Entscheidungen getroffen hat, aber nur eine Rechtsfrage streitig ist, über die einheitlich entschieden werden muß.

In diesen Fällen ist für die gesamte Sache der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt.

2. Wenn der I., IV. oder VI. Senat für Fälle zuständig ist, in denen Schätzungen von Einkünften dem Grunde oder (und) der Höhe nach streitig sind, so sind diese Senate auch zuständig, soweit in diesen Fällen die Schätzungen neben Einkünften auch den Umsatz betreffen. Ist außer über die Schätzung noch über eine andere umsatzsteuerliche Frage zu entscheiden, so ist hinsichtlich der Umsatzsteuer — auch wegen der Schätzung des Umsatzes — der V. Senat zuständig.

## II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., IV. und VI. Senat

- a) Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, von denen einer die Höhe des Gewinns betrifft, ist grundsätzlich der I. oder der IV. Senat zuständig.
- b) Ist die Art der Einkünfte streitig, richtet sich die Zuständigkeit nach der Sachentscheidung der Vorinstanz.
- c) Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach Ziff. 2 der Aufgabengebiete für den I. bzw. nach Ziff. 1 der Aufgabengebiete für den IV. und den VI. Senat im Geschäftsverteilungsplan noch nach vorstehender Ausnahme- und Abgrenzungsregelung, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden Einkünfte fallen.
- d) Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der einheitlichen Gewinnfeststellung eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:  
Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend,  
in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
- e) Sofern die Geschäftsverteilung bei natürlichen Personen eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, richtet sich die Zuständigkeit in den Fällen, in denen der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist, nach dessen Familiennamen.

## III. Reichsabgabenordnung und Finanzgerichtsordnung

- a) Die Fachsenate entscheiden über Fragen der Reichsabgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung, soweit nicht die Zuständigkeit des VII. Senats (Ziff. 25 des Aufgabengebiets des VII. Senats) gegeben ist. Das gilt auch hinsichtlich solcher Verfahren, die sich zwar aus den Hauptverfahren ergeben, mit diesem aber in keinem sachlichen Zusammenhang stehen (z. B. wegen Ordnungsstrafen gegen nicht erschienene Zeugen). Sind mehrere Streitsachen desselben Steuerpflichtigen anhängig, so ist zur Entscheidung zuständig
  1. über Nichtzulassungsbeschwerden (§ 115 Abs. 3 FGO) der für die Sachfrage berufene Senat (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I 1, 2),
  2. soweit ausschließlich über Fragen der Reichsabgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung zu befinden ist, über die einheitlich entschieden werden muß (z. B. Wiederaufnahme des Verfahrens, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Rechtsmittelverzicht), der Senat, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I 1).
- b) Die Säumniszuschläge werden — wie bisher — von den Senaten behandelt, die für die einzelnen Steuern zuständig sind.

## IV. Saarland

Die saarländischen Steuern werden von denselben Senaten behandelt wie die entsprechenden Steuern in dem übrigen Teil der Bundesrepublik.

## V. Zuständigkeit bei Abgabe von Streitsachen über Investitionszulage

Hat der I. oder IV. Senat vor dem 1. Januar 1967 einen Bescheid erlassen oder ein Urteil vorbehaltlich der Zustimmung dieser Senate beschlossen, so bleiben diese Senate für die mündliche Verhandlung oder für die endgültige Entscheidung nach Eingang der Stellungnahmen dieser beteiligten Senate zuständig.

## B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

### I. Senat

Vorsitzender: Präsident Dr. h. c. Mersmann  
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter  
Prof. Dr. von Wallis  
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Prof. Dr. Grass  
Bundesrichter Timm  
Bundesrichter Dr. Birkholz  
Bundesrichter Dr. Döllerer

#### Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Reinert für die Bundesrichter  
Prof. Dr. von Wallis  
Prof. Dr. Grass und Timm  
Bundesrichter Dr. Meßmer für die Bundesrichter  
Dr. Birkholz und Dr. Döllerer

### II. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Berger  
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Conze  
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Egly  
Bundesrichter Dr. Sigloch  
Bundesrichter Nergert  
Bundesrichter Dr. Meßmer

#### Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Rid für die Bundesrichter  
Conze und Dr. Egly  
Bundesrichter Dr. Förger für die Bundesrichter  
Dr. Sigloch, Nergert  
und Dr. Meßmer

### III. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Ringleb  
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Dopatka  
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Huhn  
Bundesrichter Steinhardt  
Bundesrichter Dr. Förger  
Bundesrichter Dr. Rid

#### Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Stendel für die Bundesrichter  
Dr. Dopatka, Dr. Förger  
und Dr. Rid  
Bundesrichter Dr. Döllerer für die Bundesrichter  
Huhn und Steinhardt

### IV. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Grieger  
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Littmann  
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Rademacher  
Bundesrichter Dr. Gräber  
Bundesrichter Dr. Stendel  
Bundesrichter Dr. Grimm

#### Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Birkholz für die Bundesrichter  
Dr. Littmann, Rademacher  
und Dr. Stendel  
Bundesrichter Nissen für die Bundesrichter  
Dr. Gräber und Dr. Grimm

### V. Senat

Vorsitzender: Vizepräsident Wauer  
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Malitzky  
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Prof. Dr. List  
Bundesrichter Voigt  
Bundesrichter Linder  
Bundesrichter Knopp

#### Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Prugger für die Bundesrichter  
Dr. Malitzky, Voigt und Knopp  
Bundesrichter Dr. Schwarz für die Bundesrichter  
Prof. Dr. List und Linder

### VI. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Barske  
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Kessel  
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Siméon  
Bundesrichter Görbing  
Bundesrichter Reinert  
Bundesrichter Mann  
Bundesrichter Nissen

#### Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Knopp für die Bundesrichter  
Kessel, Dr. Siméon und Görbing  
Bundesrichter Dr. Grimm für die Bundesrichter  
Reinert, Mann und Nissen

### VII. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Rahn  
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Edsperger  
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Prof. Dr. Mattern  
Bundesrichter Dr. Schwarz  
Bundesrichter Dr. Prugger

#### Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Prof. Dr. List für die Bundesrichter  
Edsperger und Dr. Schwarz  
Bundesrichter Mann für die Bundesrichter  
Prof. Dr. Mattern  
und Dr. Prugger

### Großer Senat

Vorsitzender: Präsident Dr. h. c. Mersmann

Bestellte Mitglieder:	Bestellte Vertreter:
1. Senatspräsident Dr. Grieger	Bundesrichter Görbing
2. Senatspräsident Dr. Ringleb	Bundesrichter Reinert
3. Senatspräsident Barske	Bundesrichter Dr. Siméon
4. Bundesrichter Prof. Dr. von Wallis	Bundesrichter Dr. Döllerer
5. Bundesrichter Steinhardt	Bundesrichter Voigt
6. Bundesrichter Prof. Dr. List	Bundesrichter Dr. Egly

### Anmerkungen

1. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§§ 8, 10 FGO).
2. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für diese Sitzung nach der Regelung des Senatspräsidenten gemäß § 8 Abs. 2 FGO ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.
3. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder des gleichen Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Die weitere Vertretung regelt sich nach § 67 GVG.
4. Für den Fall der Verhinderung des Senatspräsidenten und dessen Vertretung durch den regelmäßigen Vertreter gilt dieser als fehlend.